Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Nichtzustellung eingesendeter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile unter „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg.
In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bes. 2spaltige Grundzeile 30, 40 bes. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Detailverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Otto Bischoff, Kolonialwaaren-Handlung
17 Uhlandstrasse 17
Filiale der „Dresdner Nachrichten".
Annahme von Inseraten u. Abonnements für obige Zeitung.

Gummi-Schuh-Sohlen- u. Absatzplatten
Ia. Gummi-Lösung. Roh-Perchs etc. für Grossisten und Reparateure.
Fernspr. I, 269 Wettinerstr. 26 **Reinh. Leupolt,** Gummifabrik Dresden-Kaitz.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Tiroler und oberbayr. Nationaltrachten für Costümfeste
grosse Auswahl **neuer Costüme** und **alter Originale** empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23,** part. und I. Etage.

Nr. 5. Spiegel: Dreibund und die Polenfrage. Hofnachrichten. Wohnungsgeldzuschuß. Oekonomische Gesellschaft. Gerichtsverhandlungen. Die Graphologie. Börsenwochenbericht.

Muthmaßl. Witterung: Veränderlich, später aufklarend.

Sonntag, 5. Januar 1902.

Heute **Sonntag, den 5. Januar,** bleiben sämmtliche Geschäftsräume geschlossen. **Morgen** ist unsere Haupt-Geschäftsstelle, Marienstr. 38, von 11—½1 Uhr geöffnet. Die nächste Nummer erscheint Dienstag Morgens.

Der Dreibund und die Polenfrage.

So lange das deutsch-österreichische Bündniß und der Dreibund bestehen, hat es nicht an Versuchen gefehlt, seinen Zerfall und sein Ende zu prophezeien. Eingetroffen sind zwar bisher diese Prophezeiungen nicht, aber immer wieder finden sich neugierige Leute, die von der überflüssigen Sorge geplagt werden, daß die Erneuerung des Dreibundes unterbleiben könnte. Es sind zumeist nicht die überzeugten Freunde der Tripelallianz, die sich wegen ihrer Fortdauer vorzeitig die Köpfe zerbrechen, sondern gewöhnlich merkt man nur zu deutlich, daß es Denen, die Bekenntnisse über die angebliche Gefährdung der Verträge der Dreibundmächte empfinden, ein wahres Herzensbedürfniß wäre, dem Dreibunde ein Todtenlied singen zu können.

Zur Abwechselung wird auch jetzt wieder von verschiedenen Seiten die Lockerung des Dreibundes oder sein gänzliches Aufhören in sichere Aussicht gestellt. Diesmal ist es die Polenfrage, die als willkommener Anlaß benutzt wird, um Gefahren für das Bündniß zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn zu wittern. So läßt sich die ultramontane „Köln. Volksztg." aus Berlin schreiben, es verlaute in dortigen politischen Kreisen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich schon seit längerer Zeit von einer seit vielen Jahren noch nicht dagewesenen Kühle seien. Auch solle sich Fürst Eulenburg in Wien ebenso wenig behaglich fühlen wie Graf Szögenyi in Berlin. Der scharfe Ton, mit dem sich beim Jahreswechsel die „Nordd. Allg. Ztg." gegen die Erklärungen des Fürsten Czartoryski im galizischen Landtage über die Wreschener Vorgänge ausgesprochen hat, soll von einer starken Verstimmung gegen die österreichische Regierung Kunde geben, und zugleich wird hervorgehoben, daß das offiziöse Berliner Organ einen Artikel eines anderen Berliner Blattes übernommen habe, an dessen Schlusse offen erklärt war, daß deutscherseits zwar stets Rücksicht auf die inneren Schwierigkeiten der österreichischen Monarchie genommen worden sei, daß aber diese Rücksicht schließlich eine Grenze habe und daß die fortschreitende slavische Zersetzung Oesterreichs auf unser Bündniß mit diesem Staate sehr herabstimmende Ausblicke eröffne.

Die polnische Kundgebung im galizischen Landtage war so unerhört provozirend, daß die Berliner Regierung sie unmöglich unbeachtet lassen konnte, und zwar um so weniger, als kein Vertreter der österreichischen Regierung Verwahrung gegen die polnische Demonstration eingelegt hat, die eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des preußischen Staates bedeutet und schwere Beleidigungen der preußischen Staatslenker enthält. Der galizische Polenführer sprach im Hinblick auf die Wreschener Vorgänge von Grausamkeit, von Unbill und Bedrückung, von einer schweren Verletzung der allgemeinen menschlichen und nationalen Gefühle u. dergl. m. Mit Recht wird betont, daß der Statthalter Galiziens die natürliche Pflicht gehabt hätte, nicht nur der Herbeiführung einer Debatte, die angeblich in geheimer Sitzung erfolgt sein soll, und einer Beschlußfassung über die Wreschener Vorgänge als über eine interne preußisch-deutsche Angelegenheit entgegenzutreten, sondern auch die Czartoryski'sche Kundgebung als eine offenbare Kompetenzüberschreitung zurückzuweisen. Wie korrekt ist dagegen die Haltung der deutschen Regierung gewesen, als vor mehreren Jahren im Reichstage der Versuch gemacht wurde, innerpolitische Ereignisse in Oesterreich zu erörtern. Nachdem der Reichskanzler Graf Bülow als damaliger Staatssekretär des Aeußeren die Bitte, die Anschauungen und Empfindungen, die man bezüglich der Vorgänge in Oesterreich hege, nicht auf die Tribüne zu bringen, vergeblich ausgesprochen hatte, erklärte er: wie Jeder gegenüber internen Vorgängen fremder Staaten fühle, habe er mit sich selbst auszumachen. Gedanken seien zollfrei und Gefühle seien es auch; wo aber solchem Gefühle öffentlich Ausdruck gegeben werde, sei die Pflicht zur Mäßigung und Achtung fremder Rechte um so größer, je bedeutsamer die Stelle sei, von der aus eine solche Kundgebung erfolge.

Wenn man nach Maßgabe dieses durchaus einwandfreien Standpunktes die Polendemonstration des galizischen Landtages beurtheilt, so wird man doch zugeben müssen, daß diese einen sehr schweren Verstoß gegen das Gebot der strikten Neutralität gegenüber der inneren Politik eines fremden Staates darstellt und daß die Kundgebung auch insofern als eine bedeutsame, die nicht ignorirt werden kann, angesehen werden muß, als die Polen in Oesterreich den Charakter der Regierungspartei besitzen. Wenn die Berliner Regierung keinen Zweifel gelassen hat, daß sie jede von parlamentarischer Seite ausgehende Einmischung in die internen Angelegenheiten Oesterreichs für unbedingt unstatthaft hält, so darf wohl auch von der österreichischen Regierung ein gleich korrektes Verhalten vorausgesetzt und erwartet werden. Zunächst liegt nicht der mindeste Grund vor, anzunehmen, daß diese Erwartung getäuscht werden sollte, es ist vielmehr zu hoffen, daß die Auseinandersetzungen, die allem Anscheine nach zur Zeit in Wien und in Berlin über die Polenkundgebung des galizischen Landtages und den Abwehr-Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg." stattfinden, zu einem beiderseits befriedigenden Ergebnisse führen werden. Ueber die an sich gewiß nicht erbauliche Thatsache, daß sich der Statthalter Galiziens als Vertreter der österreichischen Regierung nicht für verpflichtet gehalten hat, gegen die Kundgebung des Fürsten Czartoryski und Genossen wider die Polenpolitik der preußischen Regierung zu protestiren, wird man in Berlin hinwegsehen können, wenn in Wien von autoritativer Stelle aus die unzweideutige Erklärung abgegeben wird, daß sie die in der polnisch-galizischen Demonstration gegebene Einmischung in innere deutsche Verhältnisse auf das Entschiedenste mißbilligt. Die wohl aus polnischer Quelle fließende Meldung, der Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns Graf Goluchowski habe dem deutschen Botschafter Fürsten Eulenburg bei dessen Neujahrsbesuche betont, der galizische Landtag sei eine autonome gesetzgebende Körperschaft, die durch die Regierung an einer Kundgebung des polnischen Nationalgefühls nicht gehindert werden könne, verdient keinen Glauben. Hätte sich Graf Goluchowski wirklich in diesem Sinne geäußert, dann müßte dem Verdacht Raum gegeben werden, er vertrete in seiner Stellung als höchster Rathgeber der habsburgischen Monarchie in den Fragen der auswärtigen Politik nicht sowohl die Staatsinteressen Oesterreich-Ungarns, sondern vornehmlich die agitatorischen Interessen des galizischen Polenthums, das kein höheres Ziel kennt, als die Wiederherstellung der staatlichen Selbstständigkeit und Einheit aller Polen. Graf Goluchowski hat die auswärtigen Angelegenheiten der habsburgischen Monarchie bisher so geführt, daß man zu ihm in den maßgebenden Kreisen in Berlin das volle Vertrauen haben mußte, ihm stehe das Bundesverhältniß mit dem Deutschen Reiche hoch über allen Parteiinteressen parlamentarischer Fraktionen und nationaler Streitgruppen. Aller Voraussicht nach wird man es alsbald an einem Zeugniß nicht fehlen lassen, daß dieses Vertrauen unerschüttert fortbesteht und daß es Graf Goluchowski nach wie vor für seine Pflicht hält, so weit seine Macht reicht Alles zu vermeiden, was die Imponderabilien des deutsch-österreichischen Bündnisses berührt und die Zuversicht zu seinem Bestand und seiner Fortdauer abschwächen kann.

Die Erfolge des Polenthums in Oesterreich haben das nationale Bewußtsein der Polen außerordentlich gesteigert und die alten Träume vom polnischen Reiche wieder aufleben lassen. Die Stellung, die Galizien innerhalb des österreichischen Staates einnimmt, ist eine bevorzugte, ja einzige. Seit einem Menschenalter spielen die polnischen Abgeordneten die ausschlaggebende Rolle im cisleithanischen Reichstage. Ihre Klughett und Schmiegsamkeit noch mehr als ihre Zahl haben sie zu einem unentbehrlichen Faktor bei jeder Mehrheitsbildung gemacht und bei jeder wichtigen Abstimmung wissen sie bei der Wiener Regierung ihren Preis zu stellen und zu erzwingen. Einen besonders förderlichen Einfluß auf die Festigkeit des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche üben die Polen mit ihrer Machtstellung in Oesterreich gewiß nicht aus, aber sie sind doch noch nicht so weit gekommen, um ein maßgebender Faktor für die auswärtige Politik zu sein. Dieser ist bis auf Weiteres, abgesehen von dem unabweislichen Bedürfnisse Oesterreich-Ungarns, in dem Dreibunde einen starken Rückhalt zu haben, in der Person Kaiser Franz Josefs gegeben, der nach Bismarck's Zeugnisse die beste und sicherste Garantie für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Deutschland gewährt.

Neueste Drahtmeldungen vom 4. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Das kaiserliche Patentamt macht die Zusammensetzung der Prüfungskommission, des Ehrengerichts und des Ehrengerichtshofs für Patentanwälte für das Jahr 1902 bekannt. Zu Mitgliedern der Prüfungskommission wurde u. A. ernannt Patentanwalt C. H. Knoop in Dresden. — Das Reichsamt für Privatversicherung erläßt eine Bekanntmachung betr. die von privaten Versicherungsunternehmungen zu machenden Angaben. Diese Angaben müssen bis zum 1. Februar gemacht worden sein, andernfalls kann das Reichsaufsichtsamt die betreffenden Unternehmer durch Geldstrafen bis zu 1000 Mk. dazu anhalten. — Der Obersekretär beim Reichsgericht Kanzleirath Paulus in Leipzig erhielt den Titel als Geheimer Kanzleirath. — Der dem Bundesrath zur Beschlußfassung vorliegende Gesetzentwurf betr. den Servis-Tarif und die Klasseneintheilung der Orte und die Aenderung des Wohnungsgeldzuschuß-Gesetzes bringt die Servis-Klasse 5 in Wegfall. Alle dieser Klasse zugetheilten Orte kommen, soweit sie nicht in eine höhere Klasse versetzt werden, in die 4. Servis-Klasse. Das Verlangen Leipzigs nach Versetzung in eine höhere Klasse hat keine Berücksichtigung gefunden. — Bei einer Ruderpartie auf der Havel sind unweit Gatow vier Mitglieder des Charlottenburger Ruderklubs ertrunken.

Stuttgart. Der frühere Direktor der hiesigen Kunstschule, Claudius v. Schraudolph, ist in Oppan bei Bozen gestorben.

Wien. (Priv.-Tel.) Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand unternimmt mit seiner Gemahlin in diesem Monat eine Reise nach Palästina und Aegypten.

Wien. (Priv.-Tel.) Die Meldung ungarischer und französischer Blätter, daß noch in diesem Jahre die Annektion Bosniens und der Herzegowina, sowie die Angliederung Dalmatiens an Kroatien erfolgen werde, wird an hiesiger zuständiger Stelle als unbegründet bezeichnet.

Paris. (Priv.-Tel.) Santos Dumont gedenkt seine Ballonreise über das Mittelmeer zwischen dem 20. und 25. Januar anzutreten und zwar von der französischen Küste aus nach Corsica. Er hofft, mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde fahren zu können.

Madrid. Einer Depesche des „Imparcial" aus Barcelona zufolge wird die Stadt wahrscheinlich in den Belagerungszustand versetzt werden. Heute wurden dort zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Heute Morgen sind auf dem Ministerium noch keine weiteren Nachrichten eingetroffen.

Brüssel. Unter dem Namen Compagnie des chemins de fer du congo supérieur aux grandes lacs africains hat sich heute hier die neue Gesellschaft konstituirt, welche das 1400 Kilometer umfassende Eisenbahnnetz bauen und in Betrieb nehmen wird, dessen Ausführung der unabhängige Kongostaat beschlossen hat. Das Kapital der Gesellschaft beträgt vorläufig 25 Millionen und ist bereits gezeichnet. In dem Maße, wie der Bau fortschreitet, soll das Kapital vermehrt werden. Der unabhängige Kongostaat garantirt den Aktien der Gesellschaft eine Minimalverzinsung von 4 Prozent. Die Dauer der Eisenbahnkonzession beträgt 99 Jahre, sie beginnt mit dem Zeitpunkte der Vollendung der Bahnen, spätestens aber im Jahre 1912. Die Dauer der zugehörigen Konzession für Terrain, Wälder und Minen beträgt gleichfalls 99 Jahre. Von dem die garantirte 4-proz. Verzinsung übersteigenden Gewinn erhält der unabhängige Kongostaat die Hälfte.

Haag. (Priv.-Tel.) Auf Veranlassung des Präsidenten Krüger richtete Schalk Burger an alle Buren-Kommandanten die Anfrage, unter welchen Bedingungen sie die Waffen niederlegen würden. Alle antworteten: Entweder völlige Unabhängigkeit oder Krieg bis an's Ende.

London. (Priv.-Tel.) Heute wurde eine Verlustliste veröffentlicht, aus der sich ergiebt, daß die Zahl der bei Tweefontein Verwundeten 45 mehr beträgt, als bisher gemeldet wurde. — Marquis Ito hat sich zum Besuche Lord Salisburys nach Hatfield begeben.

Newyork. (Priv.-Tel.) Die Amalgamated Copper-Compagnie ermäßigte den Kupferpreis von 13 auf 12,50 Cents. Die unabhängigen Produzenten nehmen Aufträge noch darunter an.

San Francisco. (Priv.-Tel.) Eine spätere Liste führt 36 Passagiere und 33 von der Mannschaft der „Walla-Walla" als vermißt auf.

Paris, (3 Uhr Kurse.) Rente 100,37½. Italiener 102,90. Cromer 78,82½. Portugiesen 27,00. Türken 25,72½. Türkenlose 117,—. Ottomanbank 648,—. Suezbahn —,—. Lombarden 110,—. Fest.

Paris, Produktenmarkt. Weizen per Januar 21,80, per Mai-Aug. 22,—, ruhig. Getreide per Januar 27,75, per Mai-August 29,25, ruhig. Mehl per Januar 61,50, per Mai-August 61,75, behauptet.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per März —,—, per Mai —,—, geschäftslos. Roggen per März 127,—, per Mai —,—, ruhig.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Viehhändler Rentzsch und der Pantoffelfabrikant Greiß, Beide in Meißen, die ihnen verliehene Rothe Kreuz-Medaille 3. Klasse annehmen und tragen.

— Dem Sekretär Treskow bei der Amtshauptmannschaft Meißen ist das Albrechtskreuz und dem Straßenwärter a. D. Ficker in Lauterbach das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Mit Ende vorigen Jahres erfüllten sich 25 Jahre, seit Herr Bergdirektor Müller in Lugau dem Gemeinderathe als Mitglied angehört. Herr Gemeindevorstand Winsch nahm im Anschluß an die Gemeinderathssitzung Gelegenheit, dem Jubilar herzlich zu danken für seine langjährige gemeinnützige Thätigkeit und beglückwünschte ihn Namens des Gemeinderathes unter Ueberreichung eines Ehrengeschenkes. Der Tag wurde mit einem gemeinschaftlichen Abendessen beschlossen.

— In dieser Woche halten die Stadtverordneten weder Ausschußsitzungen noch eine Gesammtsitzung ab; in der Abendausgabe war eine ähnlich lautende Angabe fälschlicherweise über den Rath der Stadt gemacht worden: dieser hält seine Berathungen wie gewöhnlich.

— Das vierte Verzeichniß der bei der Zweiten Kammer eingegangenen Petitionen umfaßt die Nummern 108 bis 132. Die meisten davon betreffen Wünsche nach neuen Eisenbahnverbindungen und sonstige Eisenbahnangelegenheiten, einige die Frage des Wohnungsgeldzuschusses, einige die Vermehrung der Landtagswahlkreise, während der Gemeinderath zu Copitz um Errichtung einer Apotheke in Copitz petitionirt und Herr Lehrer Heinrich Beck in Dresden sich über die Nichtbestätigung seiner Wahl zum Stadtverordneten beschwert.

— Zur Frage des Wohnungsgeldzuschusses erhalten wir aus Beamtenkreisen noch folgende Zuschrift: Wenn man die verschiedenen Mittheilungen und Vorschläge über das wünschenswerthe oder voraussichtliche Schicksal der Vorlage über die Wohnungszulage für die sächsischen Staatsbeamten in der Presse verfolgte, so konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß in der Beurtheilung dieser Vorlage und in dem Bestreben, sie annehmbarer zu machen, eine gewisse Nervosität sich erkennbar macht. Denn anders lassen sich eine ganze Anzahl solcher Vorschläge gar nicht erklären. Demgegenüber erscheint die Mahnung: „Ruhig Blut!" wohl am Platze. Vor allen Dingen sitzen in den Deputationen der Ständekammern, die sich mit der Sache befassen, und in diesen selbst einsichtige und wohlwollende Männer genug, denen man eine richtige Entscheidung wohl zutrauen kann. Auch ist der Standpunkt der Regierung selbst in der Vorberathung klar und deutlich zum Ausdruck gelangt: sie legt den größten Werth auf die unverkürzte Annahme der Vorlage. Von Bedeutung ist aber, daß nicht aus der Mitte der Beamtenschaft selbst einzelne Ansichten den Weg in die Presse finden, die von der großen Mehrheit nicht getheilt werden und nur geeignet sind, Verwirrung im eigenen Lager anzurichten. Vor Allem möchte die vereinzelte Ansicht bekämpft werden, daß der Beamtenschaft an dem Wohnungsgeldzuschusse nichts liege, daß ihr vielmehr an einer gleichmäßigen prozentualen Gehaltszulage mehr gelegen sei. Die Regierungsvorlage gründet sich auf die eingehendsten Ermittelungen und nach